

Wahlprüfsteine von Haus & Grund Hessen zur Landtagswahl in Hessen 2023

1. Wie ist Ihre Position zur Umsetzung der Energiewende im Gebäudebestand vor dem Hintergrund des derzeit geplanten Gebäudeenergiegesetzes?

Die Dekarbonisierung des Heizsystems im Gebäudebestand ist ein zentraler Baustein zur Erreichung der Klimaziele. Wir Freie Demokraten wollen dieses Ziel kosteneffizient, praxistauglich und technologieoffen erreichen. Diesen Anforderungen wurde der ursprüngliche Gesetzentwurf nicht gerecht. Mit den Leitplanken zum neuen Gebäudeenergiegesetz hat die Ampel-Koalition vereinbart, die Systematik des Gesetzes grundlegend zu ändern, den Gesetzentwurf entsprechend umfassend zu überarbeiten und praxistauglich zu machen.

Dabei war immer klar, dass Genauigkeit vor Schnelligkeit gehen muss, damit die Regeln klar, verständlich und für die Menschen umsetzbar sowie wirtschaftlich vernünftig werden. Dies gilt weiterhin. Am ursprünglichen Gesetzentwurf waren Zweifel aufgekommen, die wir als Freie Demokraten sehr ernst genommen haben, deshalb musste das Gesetz um 180 Grad gedreht werden. Wir werden das Ziel Klimaneutralität 2045 nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern erreichen, nicht gegen sie. Es ist deshalb wichtig, dass die unterschiedlichsten Voraussetzungen vor Ort berücksichtigt - die Heizung muss zum Haus passen und nicht umgekehrt.

Am Ende der Verhandlungen auf Bundesebene steht aus unserer Sicht ein praktikables und ausgewogenes Gesetz.

2. Welche Maßnahmen können wir von Ihnen zur Entlastung des angespannten Wohnungsmarktes in Hessen erwarten?

Besonders in den Ballungsräumen ist es notwendig, kurzfristig nutzbare Potenziale zur Schaffung neuen Wohnraums zu heben. Im Sinne des Postulats "Innen - vor Außenentwicklung" wollen wir den nachträglichen Ausbau von Dach- und Kellergeschossen voranbringen. Dazu wollen wir den Ausbau von Dachgeschossen in die Liste der genehmigungsfreien Vorhaben (§ 63 HBO) aufnehmen. Dadurch soll der Ausbau von Dachgeschossen zu Wohnzwecken grundsätzlich ohne Genehmigung möglich sein, sofern statische und konstruktive Sicherheit gewährleistet ist. Mit diesem Schritt zur Entbürokratisierung leisten wir einen Beitrag, damit schnell und kostengünstig neuer Wohnraum entsteht.

Der Wohnungsbau in Deutschland und in Hessen unterliegt einer unüberschaubaren Masse von Normen und Vorschriften. Diese Regulierung macht Bauen komplex und immer teurer. Um Freiheit für innovatives Bauen zu schaffen, schlagen wir die Schaffung einer Gebäudeklasse "E" - wie einfach oder Experiment in der Hessischen Bauordnung vor. Unter Berücksichtigung vorher definierter Mindeststandards sollen Planung und Bau von Gebäuden mit reduzierter Einhaltung von Normen ermöglicht werden. Damit wird der hessische Wohnungsbau für innovative Versuche geöffnet, die dazu beitragen, nachhaltige Gebäude zu bezahlbaren Kosten zu bauen.

Die Baukosten steigen seit vielen Jahren kontinuierlich an, die Teuerung im Baubereich liegt weit oberhalb der allgemeinen Inflation. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig, jedenfalls ist aber der Staat an den enormen Preissteigerungen nicht unbeteiligt. Immer mehr Vorgaben, Anforderungen und Vorschriften haben den Staat selbst zu einem Kostentreiber gemacht. Egal ob das Verbot von Öl- und Gasheizungen, oder das Verbot von großen Glasflächen: Der Politik fallen immer noch Gesetze ein, die Bauen - wenn auch unbeabsichtigt - teurer machen. Diese Art der Politik können wir uns in der aktuellen Situation nicht mehr leisten. Wir wollen deswegen jedes Gesetz und jede neue Verordnung einer Folgekostenabschätzung unterziehen die darlegt, welche Mehrkosten sich für Bauprojekte in Hessen ergeben. Regelungen, die sich als baukostentreibend erweisen, müssen künftig ausbleiben.

In den Ballungsräumen ist Bauland typischerweise knapp, aber nicht sämtliche Bedarfe lassen sich durch Nachverdichtung lösen. Obwohl der Druck auf den Wohnungsmarkt bereits immens ist, war Bauland in der Vergangenheit oft der limitierende Faktor. Versuche, die Kommunen bei der Ausweisung neuen Baulands zu fördern, wie der Große Frankfurter Bogen, haben nicht wie gewünscht funktioniert. Wir schlagen

deshalb vor, finanzielle Anreize zur Ausweisung neuen Baulands im Kommunalen Finanzausgleich (KFA) zu organisieren.

Um zu verhindern, dass Mieten immer weiter steigen muss der Staat all diejenigen Maßnahmen unterlassen, die Investitionen verhindern. Eigentumsfeindliche Eingriffe wie der Umwandlungsvorbehalt in Städten und Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten machen Investitionen in neuen Wohnraum unattraktiver. Mietpreisbremse und Kappungsgrenze tragen nicht zur Entstehung neuen Wohnraums bei. Schlimmstenfalls verhindern sie sogar dringend benötigte Investitionen in den hessischen Wohnungsbau. Damit sind die genannten Instrumente auch nicht geeignet, mittelfristig bezahlbare Mieten sicherzustellen. Um private Investitionen zu stimulieren ist es deswegen sinnvoll, wenn der Staat aufhört, in Eigentumsrechte und Preisbildungsprozesse des Marktes einzugreifen.

Atomstrom aus Frankreich, Fracking-Gas aus den USA: Es ist ein deutsches Phänomen, eigene Ressourcen nicht nutzen zu wollen. Im Baubereich wollen wir alle in Hessen verfügbaren Rohstoffe nutzen, die dazu beitragen, günstiger und ökologischer zu bauen. Dazu zählt, den Abbau von Sand und Kies im Bannwald auch in Zukunft zu ermöglichen, damit kostspielige und ökologisch unsinnige Transportwege vermieden werden. Wer eine hessische Holzbauinitiative mit Leben füllen will, statt sie nur auf dem Papier zu beschließen, kann nicht gleichzeitig immer mehr Staatswald aus der Bewirtschaftung nehmen. Wir wollen deswegen das Einschlagmoratorium für alte Buchen beenden und aus der FSC-Zertifizierung des Staatswaldes und der damit verbundenen Stilllegung von 10 % der Flächen aussteigen.

Um die Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen, muss der gesamte Prozess der Baugenehmigung überall in Hessen - nicht nur in einzelnen Pilotprojekten - digital möglich sein. Sämtliche Schritte von der Einreichung des Bauantrags, über die Kommunikation mit der Behörde bis hin zur Erteilung der Baugenehmigung, sollen digital stattfinden. Neben der Kommunikation mit dem Bauherren müssen auch die verwaltungsinternen Prozesse schnellstmöglich digitalisiert werden. Die Genehmigungsbehörden müssen dafür mit ausreichend Mitteln ausgestattet werden.

3. Wie würden Sie die Entwicklung des ländlichen Raums fördern?

Hessen hat mehr Funklöcher, mehr graue Flecken, mehr weiße Flecken als alle anderen Bundesländer und ist in allen Mobilfunk-Technologien unterdurchschnittlich. Wir wollen das hessische Schneckentempo beim Gigabitausbau beenden, es braucht schnellstmöglich Glasfaseranschlüsse für jeden Haushalt, jedes Unternehmen und jede Schule und eine flächendeckende 5G-Versorgung. Als Freie Demokraten setzen wir dabei auf die Kraft des marktgetriebenen Glasfaserausbau. Nur dort, wo auf absehbare Zeit keine Potenziale für den eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau bestehen, wollen wir mit staatlichen Mitteln unterstützen. Dazu sollen „Gigabit- Gutscheine“ ausgegeben werden, die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen sowie soziokulturelle Einrichtungen für den Ausbau eines gigabitfähigen Glasfaseranschlusses einsetzen können. Der Gutschein deckt einen Teil der Kosten ab und stellt eine Förderung der Interessenten statt der Anbieter dar. Gutscheine erleichtern den Menschen und Unternehmen den Umstieg und erhöhen die Nachfrage nach Glasfaser. Ein Gutschein-System ist zudem unbürokratisch und kosteneffizient

Die Hälfte der hessischen Landstraßen sind in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand - dieser Zustand geht besonders zu Lasten von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen im ländlichen Raum. Der Verfall der Landesstraßen ist nicht zufällig eingetreten, sondern er ist das Ergebnis von jahrelang negativen Nettoinvestitionen unter der schwarz-grünen Landesregierung. Wir wollen die Investitionen in den Landesstraßenbau in einem ersten Schritt mindestens auf die Höhe der bilanziellen Abschreibungen anheben.

Junge Menschen verlassen ländliche Regionen oft wegen der Aufnahme eines Studiums. Wir sehen in dualen Studienangeboten die Chance, akademische Bildungsangebote aufs Land zu bringen und damit jungen Menschen in der Region attraktive Perspektiven aufzuzeigen. Nach dem Vorbild der Technischen Hochschule Mittelhessen, die zahlreiche Standorte in ländlich geprägten mittelgroßen Städten unterhält, wollen wir die Anzahl dualer Studienangebote hier deutlich ausbauen. Damit wird zugleich ein entscheidender Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs von Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung in

ländlichen Regionen geleistet. Junge Menschen in Ausbildungsberufen unterstützen wir mit der Fokussierung des Berufsschulangebots auf eine hohe Qualität der Lehre und kurze Schulwege, die den jungen Menschen entgegenkommen und den Lehrberuf attraktiver machen.

Insbesondere im Bereich der ambulanten ärztlichen Versorgung besteht der Trend, Kassenarztsitze von ländlichen Regionen in größere Städte und Oberzentren zu verlegen. Wir wollen nicht, dass Städte und Dörfer gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr sollen insgesamt mehr Ärzte für die Versorgung zur Verfügung stehen; die Notdienstversorgung muss auch in der Fläche gewährleistet werden.

Die Errichtung von Dorfgemeinschaftshäusern in Dörfern und Bürgerhäusern in Kleinstädten war ein Kernpunkt des zu Beginn der 1950er Jahre aufgestellten sogenannten Hessenplans des damaligen hessischen Ministerpräsidenten Georg-August Zinn. Dorfgemeinschaftshäuser sind noch heute ein wichtiger Teil ländlicher Infrastruktur, die für vielfältige Aktivitäten genutzt werden. Wir Freie Demokraten wollen die bestehenden Dorfgemeinschaftshäuser und Bürgerhäuser mit einem Förderprogramm "Dorfgemeinschaftshaus 4.0" mit moderner IT-Infrastruktur ausstatten, sodass sie für moderne Nutzungsformen geöffnet werden. Das Dorfgemeinschaftshaus 4.0 soll damit zu einem Digitalen Marktplatz mit Zugang zu digitalen Bildungs- und Homeoffice-Arbeitsplätzen werden.

Zur Vitalisierung von vom Leerstand bedrohten Dörfern und Stadtteilen wollen wir einen Fonds schaffen. Damit sollen die Kommunen unterstützt werden beim An- und Verkauf von Leerstandsflächen. Hierzu wollen wir das Aufgabenfeld der HLG (Hessische Landgesellschaft) erweitern. Der Fonds fördert zinslos für die Dauer von 24 Monaten Vorhaben in den hessischen Kommunen, die aufgrund ihrer Strukturschwäche nicht selbst dazu in der Lage sind. Unter Einbindung der Denkmalpflege kann die Kommune mittels Abbruch und Grundstücksbereinigung ein Quartier-Areal für Neubauzwecke innerorts erreichen. Der Rückfluss der ausgegebenen Darlehen erfolgt durch Weiterverkauf der Flächen.

Außerdem setzen wir uns für eine Reform des Denkmalschutzes in Hessen ein. Ziel dieser Reform soll es sein, Modernisierungsumbauten in denkmalgeschützten Gebäuden zu erleichtern und die Vorgaben dafür zu minimieren. Hohe Kosten für Denkmalschutzvorgaben dürfen nicht länger Investitionshemmnis sein, wenn Wohnraum geschaffen werden soll. Das Landesamt für Denkmalpflege bedarf einer grundlegenden Struktur- und Satzungsreform, so dass der Schutzstatus baufälliger Gebäude nach zu langer Zeit ohne bauliche Investitionstätigkeit leichter aufgehoben werden kann

4. Wie wollen Sie jungen Familien den Schritt in die eigenen vier Wände erleichtern?

Um gerade jungen Familien Wohneigentumsbildung zu ermöglichen, schlagen wir einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer in Höhe von 500.000 € für die erste selbstgenutzte Immobilie vor.

Um Flächenverbrauch vorzubeugen und der Verödung von Ortskernen auf dem Land entgegenzuwirken, wollen wir einen landesweiten Startschek "Jung kauft alt" einführen. Mit zinsvergünstigten Darlehen über die WI-Bank wollen wir so einen Anreiz für junge Familien schaffen, Wohneigentum in Ortskernlagen des ländlichen Raums zu erwerben.

Hessische Förderprogramme zum Erwerb von Wohneigentum wurden in den vergangenen Jahren kaum frequentiert, weil Anforderungen an die Förderung unrealistisch und der Zinsvorteil gegenüber herkömmlichen Bankdarlehen gering war. Wir wollen die Wohneigentumsprogramme der WI-Bank auf den Stand der Zeit bringen, digitalisieren und Verdienstgrenzen sowie maximale Förderbeträge anheben.

5. Wie stehen Sie zur Zukunftsfähigkeit des Einfamilienhauses als Form des Wohnens?

Wer heute ein Einfamilienhaus baut, baut nachhaltig und nach hohen energetischen Standards. Diskussionen um faktische Verbote von Einfamilienhäusern sind Eingriffe in Freiheit und Eigentum, die wir niemals zulassen werden. Weder ein Verbot von Einfamilienhäusern, noch eine faktische oder teilweise Enteignung von Immobilienbesitzern tragen zu einer Entspannung des Wohnungsmarktes

bei. Insofern gehen wir davon aus, dass Einfamilienhäuser in Hessen eine äußerst zukunftsfähige Wohnform sind.

6. Welchen Standpunkt vertreten Sie zu den Straßenbeiträgen in Hessen?

Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass die Erhaltung der kommunalen Straßen und deren Finanzierung ureigene Aufgabe der Kommunen ist und in ihrer Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung unterliegt – dieses durch die Verfassung festgelegte Recht demokratisch gewählter kommunaler Mandatsträger gilt es zu achten.

Durch die Verabschiedung unseres ersten Gesetzentwurfs wurde ein Maßnahmenpaket zur Anpassung der Straßenbeiträge geschaffen, das sowohl die in der Verfassung verankerte kommunale Selbstverwaltung stärkt, als auch eine gute Lösung für Grundstückseigentümer bei gleichzeitiger Sicherung der kommunalen Infrastruktur in Hessen darstellt. Die Kommunen können dadurch selbst entscheiden, ob und in welcher Höhe sie Straßenbeiträge von ihren Bürgern erheben. Durch die Abschaffung der Erhebungspflicht und die Flexibilisierung der Höhe ist es den demokratisch gewählten Mandatsträgern vor Ort möglich, für ihre Kommune und deren Bürger individuelle, bedarfsgerechte und bürgernahe Lösungen zu finden. Auch defizitäre Kommunen können so nicht mehr durch die Kommunalaufsicht zur Einführung einer Straßenbeitragssatzung gezwungen werden, um ihre Haushalte auszugleichen. Für die Grundstückseigentümer besteht die Möglichkeit, ohne ein berechtigtes Interesse nachweisen zu müssen, eine Ratenzahlung mit einer Laufzeit von bis zu 20 Jahren bei deutlich geringerer Verzinsung als bisher in Anspruch zu nehmen.

Dennoch bleibt die schlechte Finanzausstattung der Kommunen durch das Land Hessen ein Problem. Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass die Kommunen in der Lage sein müssen, ihren Aufgaben nachzukommen und über die entsprechende finanzielle Ausstattung zu verfügen. Da dies gerade im ländlichen Raum nicht der Fall ist, gleichzeitig dort der Investitionsstau aber besonders groß ist, wollen wir eine bessere Ausstattung gerade der kreisangehörigen Kommunen und der Kommunen mit vielen Kilometern Straßen in ihrer Baulast erreichen. Damit sollen die Kommunen in die Lage versetzt werden, dass sie sowohl die Straßen sanieren, als auch die Beiträge abschaffen können.

Mit diesem Vorgehen wahren wir die kommunale Selbstverwaltung und geben den Kommunen durch die Gewährung adäquater finanzieller Mittel die Möglichkeit, eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorzunehmen.